Anmeldung für Alle!
anmeldung-fuer-alle@riseup.net | https://www.anmeldung-fuer-alle.org/de

Berliner Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales,
Gleichstellung, Integration, Vielfalt und
Antidiskriminierung

Oranienstraße 106
10969 Berlin

Berlin, 13. 10. 2025

Offener Brief der Kampagne "Anmeldung für Alle"

An Frau **Cansel Kiziltepe**
Senatorin für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

An Frau Micha Klapp, Staatssekretärin für Arbeit und Gleichstellung
An Herrn Aziz Bozkurt, Staatssekretär für Soziales
An Herrn Max Landero, Staatssekretär für Integration, Antidiskriminierung und Vielfalt

Sehr geehrte Frau Senatorin,
Sehr geehrte Frau Staatssekretärin,
Sehr geehrte Herren Staatssekretäre,

wir schreiben Ihnen im Namen der Kampagne „Anmeldung für Alle" und den Organisationen, die sie unterstützen. Wir sind ein Berliner Kampagnenbündnis migrantischer Selbstorganisationen, Wohlfahrtsvereine, Institutionen der sozialen Arbeit und politische Kollektive und Organisationen. Wir wenden uns heute mit einem Problem an Sie, das sehr viele Menschen in Berlin betrifft und uns seit vielen Jahren beschäftigt und zutiefst besorgt:

Aufgrund des Mangels an bezahlbarem Wohnraum in Berlin und des ständigen Zuzugs von Menschen, die in der Stadt leben und arbeiten oder studieren wollen, gibt es seit einiger Zeit einen großen Sekundärmarkt von Wohnungen und Zimmern zur Untermiete.

Dies sind oft die einzigen Optionen für neuzugezogene Personen. Das Problem ist jedoch, dass diese Zimmer und Wohnungen häufig „Ohne Anmeldung" angeboten werden, d.h. der/die Hauptmieter*in gibt bei der Untervermietung an, dass er*sie keine Wohnungsgeberbestätigung unterschreiben wird. Diese wiederum ist aber nötig, um einen Wohnsitz anzumelden. Die Verweigerung zur Ausstellung einer Wohnungsgeberbestätigung passiert aus verschiedenen Gründen – z.B. haben die Hauptmieter*innen manchmal keine Genehmigung zur Untermiete seitens Vermieter*in erhalten oder gar nicht erst beantragt, weil sie selbst Angst davor haben, dass der*die Vermieter*in von der Untervermietung erfährt und die Miete dann noch weiter erhöht (Enne 2024).

Obwohl unter den Betroffenen auch deutsche Staatsangehörige sind – zum Beispiel Studierende, die neu nach Berlin ziehen, oder Obdachlose – sind es vor allem Migrant*innen, die eine gültige Aufenthaltserlaubnis in Berlin haben und nach ihrer Ankunft in einen Teufelskreis geraten, weil sie keine Meldebescheinigung erhalten können. Dadurch werden sie mit einer Reihe von administrativen und bürokratischen Hindernissen konfrontiert, die ihre Integration behindern.

Eine Meldebescheinigung bzw. eine Meldeadresse wird häufig verlangt:

- von Firmen, die Arbeitsstellen anbieten
- um eine Sozialversicherungsnummer zu erhalten
- um eine Steueridentifikationsnummer zu erhalten
- um nicht in der Steuerklasse 6 arbeiten zu müssen
- um ein Girokonto zu eröffnen
- um sich bei einer Krankenkassen anzumelden
- um Kinder in der KITA oder in der Schule anzumelden
- um ein Fahrzeug anzumelden
- um eine Schuldenberatung zu erhalten
- um sich als Selbständige/Freiberufler*in zu registrieren und eine Steuernummer zu erhalten
- um ein Führungszeugnis zu erhalten
- um die Verlängerung oder Änderung eines Aufenthaltstitels zu beantragen
- um ALG I oder Bürgergeld zu beantragen
- um eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis oder die deutsche Staatsangehörigkeit zu beantragen
- um eine Demo oder Kundgebung anzumelden

Immer mehr Menschen in Berlin sind auf Grund von fehlender Meldebescheinigung bzw. Meldeadresse nicht in der Lage, diese Barrieren zu überwinden. Wir glauben, dass es eine klare Aufgabe des Senats ist, dieses Problem zu lösen.

Nach dem Bundesmeldegesetz ist eine Meldebescheinigung ein Recht jeder Person, die dauerhaft in Berlin lebt. Für die Integration ist die Anmeldung der erste wichtige Schritt. Darüber hinaus braucht die Stadt Berlin Arbeitskräfte, die oft aus anderen Ländern kommen. Es ist deshalb im eigenen Interesse des Berliner Senats, diesen ausländischen Arbeitskräften den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Auch für Haushalts- und Planungszwecke ist ein genaues Bild über die tatsächliche Bevölkerung unabdingbar. Nach der Veröffentlichung der Zensuserhebung 2022 im Jahr 2024 wurden dem Land Berlin 129 Euro pro Einwohner aus dem Länderfinanzausgleich gestrichen (Tagesschau 2024). Die Erhebung aller tatsächlich in Berlin lebenden Personen ist daher fundamental, um entsprechende Gelder zu erhalten.

Wir sind der Meinung, dass Menschen – ob deutsche, europäische oder aus Drittstaaten – die in Berlin wohnen, aber ihren Wohnsitz nicht anmelden können, stattdessen eine Registrierungsnummer erhalten könnten, ähnlich der City-ID-Nummer, wie es sie in anderen europäischen Städten gibt, z.B. in Barcelona oder Paris. Diese Registrierungsnummer oder City-ID würde belegen, dass die betroffenen Personen Einwohner*innen Berlins sind, auch wenn sie keine Meldeadresse haben, und ihnen somit Zugang zu den oben genannten Dienstleistungen, Dokumentation und Rechten verschaffen.

Im Kontext des Anmeldungsproblems ist es uns auch wichtig, auf die dahinterstehende Ursache zu verweisen: der Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Die langfristige Lösung des Problems wäre ein gutes Angebot an bezahlbaren Mietwohnungen, das verhindern würde, dass Menschen eine Wohnung ohne Anmeldung annehmen müssen. Doch während die Wohnungskrise sich nicht auf einen Schlag lösen lässt, ist die Lösung des Problems der Anmeldung bereits heute machbar und von hoher Dringlichkeit.

Deshalb fordern wir Sie auf, die notwendigen Schritte zu unternehmen, um die Integration der Menschen zu erleichtern und ihnen zu ermöglichen, die Rechte, Teilhabe und Dienste zu genießen, die ihnen als Einwohner*innen Berlins zustehen:

Lösen Sie das Problem der Anmeldung durch die Einführung einer City-ID oder Registrierungsnummer mit den gleichen Rechten wie eine Meldebescheinigung!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.
Mit freundlichen Grüßen,

Die Kampagne **„Anmeldung für Alle“**

Dieser offene Brief wird unterstützt und unterzeichnet von:

Asamblea Migrante Berlin

Awo Landesverband Berlin e.V.

Berlino Possibile

Bloque Latinoamericano

Black Sexworkers Collective

Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz e.V.

Ini Radar

Interbrigadas e.V.

Interventionistische Linke Berlin

Kali Feminists

Kälteschutz Mehringhof

KLIK e.V., Beratungsstelle für Menschen in Wohnungsnot und sozialen Schwierigkeiten

KuB e.V., Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge undMigrant_innen

Lieferando Workers Collective

Netzwerk für Kommunalismus

Notdienst für Suchtmittelgefährdete und - abhängige Berlin e.V.

Oficina Precaria

p.ink door e.V.

Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Berlin e.V.

Prowo Berlin gGmbH

Republikanischer Anwältinnen- und Anwälte Verein e.V.

Right 2 the City AG

Schlafplatzorga

Seebrücke Berlin

Straßenfeger e.V.

UFO (Union für Obdachlosenrechte)

Wärmestube Bürgerhilfe gGmbh

AWO Landesverband Berlin e.V.

BERLINO POSSIBILE

BLOQUE LATINOAMERICANO BERLIN

Diakonie Diakonisches Werk

AMB Asamblea Migrante Berlín

Interventionistische Linke Berlin

KALI FEMINISTS

INIRADAR

KUB Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrant_innen e.V.

interbrigadas

LWC Lieferando Workers Collective

MEHRING HOF KÄLTESCHUTZ KOLLEKTIV VOM MEHRINGHOF

klik e.V.

Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein e.V. RAV

NETZWERK FÜR KOMMUNALISMUS

RIGHT 2 THE CITY

FICINA PRECARIA BERLIN

pinkdoor

PROWO

SCHLAFPLATZ ORGA

Notdienst für Suchtmittelgefährdete und -abhängige Berlin e.V.

DER PARITÄTISCHE Berlin

Bürgerhilfe und Wärmestube gGmbH

SEEBRÜCKE BERLIN SCHAFFT SICHERE HÄFEN!

UfO Berlin Union für Obdachlosenrechte Berlin

strassenfeger